

19.6.97 Habe

Schröder weist Griefahn in ihre Schranken

Hannover (kw). Wer den Ton in der niedersächsischen Umweltpolitik an gibt, steht seit Mittwoch eindeutig fest - der Ministerpräsident.

In einer Aktuellen Stunde im Landtag sagte Gerhard Schröder mit einem Seitenhieb auf Umweltministerin Monika Griefahn, die Sorge um den Rang des Umweltschutzes in seiner Regierungspolitik sei „unbegründet, denn wir haben gut gearbeitet“. Ob Emsvertiefung, Pipelinebau oder Mercedes-Teststrecke - immer sei ein Interessensausgleich gelungen, und zwar ohne aufwendige umweltrechtliche Verfahren. Dann folgte der Kernsatz: Wenn die eine oder andere Meinung von der Schröders abweiche, dann gebe es die Richtlinienkompetenz des Ministerpräsidenten. „Ich gedenke auch davon

Gebrauch zu machen, falls es nötig ist“, betonte Schröder. „Das gilt auch für Parteitagsbeschlüsse.“

Zuvor war es, wie berichtet, zu einem Streit zwischen Schröder und seiner Umweltministerin gekommen. Nachdem Schröder vergangene Woche in einem Vortrag einen Vorrang der Ökologie vor der Ökonomie beklagt hatte („Die Belange der Wirtschaft dürfen nicht darunter leiden“), beschwerte sich Griefahn in einem Brief an Schröder, sie sei über dessen Worte „befremdet“. Das Schriftstück gelangte an die Öffentlichkeit, Schröder war verstimmt.

Der Ministerpräsident setzte unterdessen weitere eigene Akzente in der Umweltpolitik. In der Hamburger Zeitung „Die Woche“ verlangte er einen grundlegenden Kurswechsel: Wirt-

schaftliches Wachstum, neue Arbeitsplätze und technologische Innovation sollten in den Vordergrund gerückt werden. Schröder kritisierte einen „administrativen Overkill“ in der Umweltpolitik. „Es ist nicht länger hinnehmbar, daß bei neuen Technologien immer erst lang und breit über Risiken diskutiert wird und die Chancen vielleicht noch als Anhängsel zur Kenntnis genommen werden. Es muß umgekehrt sein.“

Das Interview rief einmal mehr den umweltpolitischen Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Michael Müller, auf den Plan. „Es ist eine völlig unsinnige Debatte, daß die Umweltpolitik das große Hindernis für den Strukturwandel unserer Gesellschaft ist“, schimpfte Müller auf Schröder. „Genau das Gegenteil ist der Fall.“

EU-Beitrittsverhandlungen beginne

... taines Programm versprechen.

„Land kündigt Kompromiß“

19.6.97

Grüne zu den Spannungen in Sachen Giftmüllsicherung

Hannover/Münchehagen (r). Als endgültigen Ausstieg aus einem fairen Umgang mit den Gemeinden und Bürgerinitiativen um die Giftdeponie Münchehagen wertet der umweltpolitische Sprecher der Landtags-Grünen, Christian Schwarzenholz, die jüngsten Beschlüsse des Kabinetts über die abgespeckte Sicherung der Altlast (DIE HARKE berichtet). Das Land komme seiner besonderen Verantwortung nicht nach, wenn es die bisher geplanten Maßnahmen nicht vollständig umsetze. Jetzt werde in Münchehagen eine neue Linie gezogen: Staat ordne an, Behörde vollziehe und Bürger würden nicht mehr beteiligt, heißt es in einer Pressemitteilung. Runde Tische und Bürgerbeteiligung wüschte die Landesregierung nicht mehr und brüskiere damit den ge-

samten Münchehagenausschuß. Schwarzenholz wies darauf hin, daß noch vor wenigen Wochen der umweltpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Wolfgang Jüttner, in der Region verkündet habe, alle bisher angeordneten Sicherungsmaßnahmen würden umgesetzt. Die Landesregierung - so die Grünen - wolle jetzt eine Sparvariante der Sicherung umsetzen und so rund 80 Millionen Mark einsparen. Jüttner habe die Bürger mit leeren Versprechungen zu beruhigen versucht. Schwarzenholz weist in der Mitteilung auf einen Landtagsantrag der Grünen im März hin, in dem die umfassende Sicherung der Altlast gefordert werde. „Dazu muß die SPD nun auch im Landtag Farbe bekennen“, schreiben die Grünen (siehe auch den Artikel auf der nächsten Seite).